

Fraktion **direkt**

4 | 27. November 2013

Sonderausgabe nach den Koalitionsverhandlungen

Zur Lage

Der Vertrag dient der Zukunft unseres Landes

Voraussetzungen für Arbeit und Wachstum geschaffen



Foto: Götz Schlieser

Volker Kauder

Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Koalitionsvereinbarung mit der SPD ist geschlossen. Die Zeit der Sondierungen und Verhandlungen ist endlich vorbei. Allerdings wissen wir wegen des Mitgliederentscheids der Sozialdemokraten noch nicht, ob die Koalition letztlich zu Stande kommt. Dennoch kann man schon heute das Ergebnis bewerten. Wir hätten uns sicher den einen oder anderen Punkt anders vorstellen können. Aber unter

„Die Kanzlerin kann ihre Arbeit fortsetzen“

dem Strich können wir mit dem Ergebnis sehr zufrieden sein. Die Vereinbarung schafft die Voraussetzungen dafür, dass Deutschland auch in den nächsten vier Jahren seinen Erfolgsweg fortsetzen kann. Der Vertrag stellt die richtigen Weichen.

Die Wähler haben am 22. September mit großer Mehrheit entschieden, dass die Union weiter regieren soll. Sie

wollten, dass Angela Merkel Bundeskanzlerin bleibt. Es war ein Bekenntnis der Bürger zu den Inhalten ihrer Politik, zu ihrem Stil und nicht zuletzt zu ihrer Person. Es wurde gerade kein Politikwechsel gewählt.

Dieser Entscheidung der Wähler entsprechen die Resultate der Koalitionsvereinbarung. Die Kanzlerin kann ihre Arbeit fortsetzen. Es gibt keinen Paradigmenwechsel. Die Zeichen stehen auf Kontinuität, aber auch auf Weiterentwicklung unseres Landes. Alles andere wäre auch nicht sinnvoll gewesen, denn dem Land geht es trotz der turbulenten Jahre in Europa und der Welt gut. Auch die Führung der Sozialdemokraten hat sich dieser Analyse in den Koalitionsverhandlungen am Ende angeschlossen.

Gründlichkeit ging vor Schnelligkeit

In den vergangenen Wochen wurden wir immer wieder gefragt, warum die Verhandlungen so lange dauern. Nach der Bundestagswahl war die Lage tatsächlich ungewöhnlich. Zunächst war nicht klar, ob die Sozialdemokraten oder doch die Grünen zu Koalitionsgesprächen bereit sind. Wir mussten mit beiden Parteien vorab Sondierungsgespräche führen. Die SPD-Spitze wollte sich das Ergebnis erst noch einmal auf einem Konvent bestätigen lassen.

In die Phase der Verhandlungen fielen zudem Parteitage, die ebenfalls Zeit beanspruchten. Käme jetzt nicht noch der Mitgliederentscheid der SPD hinzu, könnte die Vereidigung des Kabinetts dennoch fast in einer ähnlichen Frist erfolgen wie vor acht Jahren, als die zweite große Koalition gebildet worden war.

Zudem muss man sich eines vor Augen führen: Da Union und SPD doch recht unterschiedliche Standpunkte zu Beginn der Gespräche hatten, galt während der Verhandlungen immer der Satz: Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit. Es hät-

te keinen Sinn gemacht, wesentliche Fragen nicht wenigstens in den Grundzügen zu klären. Denn meist führt eine Vertagung von strittigen Punkten in den Koalitionsverhandlungen nur zum Streit während der Legislaturperiode.

In den kommenden Tagen wird heiß diskutiert werden, ob diese Vereinbarung nun mehr die Handschrift von CDU und CSU oder eher die der SPD trägt. Ich persönlich kann mit dieser Debatte wenig anfangen. Es kann doch eigentlich nur darum gehen, ob der Vertrag gut für die Menschen ist und Deutschlands Zukunftschancen mehr.

Kontinuität bei den zentralen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Dies wird man eindeutig bejahen können. Im Wahlkampf ist zum Beispiel hart gestritten worden, ob Steuern und Abgaben erhöht werden sollten. Der Koalitionsvertrag sagt nun zu beidem Nein. Arbeitnehmer und Wirtschaft haben damit Sicherheit: Die zentralen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bleiben auch in den nächsten vier Jahren unverändert. Dies wird sich positiv auf das Investitions- und Konsumklima auswirken, aber vor allem das Wachstum fördern.

Die Unternehmen werden die Möglichkeit haben, ohne Belastung durch eine Vermögenssteuer oder -abgabe neue Produkte zu entwickeln, um auf den Weltmärkten an der Spitze zu bleiben. Die Familien behalten das Geld in der Tasche, um ihre persönlichen Zukunftsentscheidungen zu finanzieren. Das alles ist nicht selbstverständlich. Und Wachstum ist und bleibt der Garant dafür, dass weitere Arbeitsplätze entstehen und das Einkommen der Arbeitnehmer zunimmt.

Ein weiterer zentraler Punkt: Der Staat wird in der kommenden Legislaturperiode erstmals seit Jahrzehnten keine neuen Schulden aufnehmen. Ab 2015 schreiben wir eine schwarze Null. Das ist eine echte Zäsur in der deutschen Politik nach der Wiedervereinigung. Die Schuldenquote wollen wir von jetzt über 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf unter 70 Prozent zurückfahren. Deutschland wird damit seiner Rolle als Vorbild in Europa gerecht. Es sendet auch ein ganz wichtiges Signal an die kommenden Generationen. Zur Generationengerechtigkeit gehört auch, dass in der Pflege – erstmals in den Sozialversicherungen – mit dem Aufbau einer Demografiereserve begonnen wird.

Die Koalition kann nun einige große Projekte anpacken

Große Koalitionen sollten große Aufgaben anpacken. Einige wichtige Projekte konnten wegen des Widerstands des Bundesrats in der letzten Wahlperiode nicht umgesetzt werden. Jetzt ist die Chance da, zu Ergebnissen zu kommen. So soll nun endlich für eine flächendeckende Breitbandversorgung gesorgt werden, wie die Vereinbarung vorsieht. Hierzu werden wir neue Wege beschreiten.

Die Koalitionsvereinbarung trägt die Überschrift „Deutschlands Zukunft gestalten“. Sie ist gut gewählt, weil die Koalition trotz der engen Spielräume mehr für Bildung und die Erneuerung der Infrastruktur tun wird. Die Mehrausgaben werden sich auf 23 Milliarden Euro belaufen – das ist die Grenze dessen, was wir schultern können.

In dem Bündnis mit der SPD wird es nun möglich sein, die Steigerung der Energiekosten zu dämpfen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Darüber hinaus können nun auch die Finanzbeziehungen von Bund und Ländern neu geordnet werden.

In diesen Verhandlungen mussten Kompromisse eingegangen werden. So musste die Union in der Rentenpolitik Zugeständnisse machen, um die verbesserte Mütterrente durchzusetzen. Die Einführung der abschlagsfreien Rente mit 63 Jahren nach 45 Beitrittsjahren wird nun kommen. Schwierig war die Einigung natürlich auch beim Mindestlohn, der ab 2015 nun 8,50 Euro betragen soll. Die Union

„Die Übernahme von Verantwortung ist für die Union selbstverständlich“

wäre aus vielen Gründen gern bei ihrem Modell geblieben, das den Tarifpartnern stärkeren Einfluss lässt. Wir haben unter anderem erreicht, dass bestehende Tarifverträge, die unter 8,50 Euro liegen, bis 2017 weiter gelten. Es können sogar mit Geltung bis zu diesem Jahr neue geschlossen werden.

Schwierig war für uns auch die Frage der doppelten Staatsbürgerschaft, die es nun für Kinder ausländischer Eltern geben wird, die hier geboren wurden und aufgewachsen sind. Nachdem die Union mit der Stabilität bei Steuern und Abgaben in der zentralen Frage der Wirtschaftspolitik die Weichen stellen konnte, mussten wir diese Zugeständnisse machen. Das gehört zum Wesen einer Koalition – und war auch in früheren Bündnissen nicht anders. Insgesamt finden sich alle wesentlichen Wahlaussagen der Union im Vertrag wieder.

Zum Schluss: Es ist zu hoffen, dass die SPD-Mitgliederbefragung positiv ausgeht. Die Bürger erwarten, dass eine Regierung zustandekommt. Die SPD-Mitglieder sollten ihrer Verantwortung gerecht werden. Die Union ist zu dieser Verantwortung immer bereit. Ihr ist die Übernahme von Verantwortung für die Bürger selbstverständlich.

h. Wollen können

„Deutschlands Zukunft gestalten“

Zwölf Fragen und Antworten zum Koalitionsvertrag von Union und SPD

Nach fünfwöchigen Verhandlungen und einem 17-stündigen Endspurt haben sich CDU, CSU und SPD auf einen Koalitionsvertrag geeinigt. Das Vertragswerk, das die Parteivorsitzenden Angela Merkel, Horst Seehofer und Sigmar Gabriel am Mittwochmittag der Öffentlichkeit vorstellten, steht unter der Überschrift „Deutschlands Zukunft gestalten“. Das Verhandlungsergebnis spiegelt das Wahlergebnis und damit die starke Position der Union wider. Noch offen ist die Aufteilung der Ministerien und ihre Besetzung. Dies soll erst nach dem SPD-Mitgliederentscheid Mitte Dezember bekanntgegeben werden.

Im Folgenden erklärt „Fraktion direkt“ die wichtigsten Punkte des Koalitionsvertrages:

1. Was erreichen wir mit dem Koalitionsvertrag?

Deutschland ist die mit Abstand stärkste Volkswirtschaft in Europa. Die Aussichten für weiteres Wachstum in den nächsten Jahren zum Wohle aller Bürger sind günstig. **Die Koalitionsvereinbarung von CDU, CSU und SPD stellt die Weichen, dass Deutschland seinen erfolgreichen Weg fortsetzen kann.** Die neue Koalition wird die Rahmenbedingungen, die zu der guten Lage unseres Landes beigetragen haben, nicht grundlegend ändern, wohl aber einige Akzente neu setzen, damit unser Land wettbewerbsfähig und zukunftsfähig bleibt. So werden wir zum Beispiel mehr für die Infrastruktur tun. **Der Vertrag ist die Voraussetzung, dass Angela Merkel Bundeskanzlerin bleibt.** Das war der eindeutige Wunsch der klaren Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger. Die Frau, die die Menschen vertrauen und die in der Welt hohes Ansehen genießt, bleibt an der Spitze der Regierung.



Foto: Tobias Koch

Merkel, Seehofer und Gabriel stellen Koalitionsvertrag vor

2. Was zeichnet den Koalitionsvertrag aus?

Ziel der Union im Wahlkampf war Wachstum, Beschäftigung und Innovation. Von diesem Gedanken ist auch der Koalitionsvertrag durchgezogen. **Die Bürger und die Wirtschaft werden nicht zur Kasse gebeten. Das war im Wahlkampf zwischen Union und SPD noch umstritten.** Es gibt keine Steuererhöhungen und keine Erhöhung der Abgaben, sieht man von der maßvollen Erhöhung des Pflegebeitrags ab. Die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanzierten Sozialabgaben bleiben weiterhin unter 40 Prozent. Die Kernforderungen des Regierungsprogramms der Union sind damit erfüllt. Die Betriebe werden weiter die Kraft für Investitionen haben, die Arbeitnehmer die Möglichkeit zu mehr Ausgaben für sich und ihre Familien. Das sichert Arbeitsplätze – gerade im Mittelstand. **Erstmals seit Jahrzehnten wird Deutschland ab 2015 keine neuen Schulden mehr machen.** Für alle beschlossenen Projekte belaufen

sich die Mehrausgaben auf 23 Milliarden Euro. Das ist nach den Worten von Finanzminister Wolfgang Schäuble „die Grenze dessen, was wir uns leisten können“.

Sicher hätte die Union an einigen Stellen den Vorrang von Wachstum und Beschäftigung lieber noch mehr betont und zum Beispiel den Mindestlohn anders ausgestaltet. In jeder Koalition sind jedoch Kompromisse notwendig, und die nun gefundenen Kompromisse sind tragbar. Der Vertrag mit der SPD beinhaltet an keiner Stelle einen Paradigmenwechsel. Die Voraussetzungen für einen weiteren Aufschwung werden verbessert.

3. Wie wird es in den nächsten Jahren in Europa weitergehen?

Auch die künftige Europa-Politik steht im Zeichen der Kontinuität. Zur weiteren Stabilisierung des Euros bleibt es bei dem Grundsatz, dass es gegenseitige Solidarität nur dann gibt, wenn die hilfeschuchenden Länder eigene Anstrengungen zur Ver-

besserung ihrer Lage unternehmen. **Zu einer Vergemeinschaftung von Schulden oder Euro-Bonds wird es daher nicht kommen.** Das war der Union wichtig. Europa soll durch nachhaltige Reformen gestärkt aus der Krise herauskommen – mit Strukturereformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit und mit einer strikten Haushaltskonsolidierung. Investitionen in Wachstum und Beschäftigung sollen vor allem der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und dem sozialen Frieden dienen. Die EU-Mitgliedstaaten werden sich künftig besser wirtschaftspolitisch abstimmen und so Ungleichgewichte vermeiden. Der Bankensektor muss so ausgestaltet werden, dass die Risiken nicht vom Steuerzahler, sondern von den Banken selbst getragen werden. Wir streben ein einheitliches europäisches Wahlrecht an und wollen Subsidiarität und kommunale Selbstverwaltung stärken. Die EU soll sich vor allem auf die großen Zukunftsaufgaben konzentrieren.

4. Wird in den nächsten Jahren das Geld zusammengehalten?

Für die Union war in der Haushaltspolitik eines entscheidend: Es darf nicht aufs Spiel gesetzt werden, was in den letzten Jahren mit einer soliden Haushaltspolitik erreicht wurde. Die Einnahmen des Staates sind auf Rekordniveau, und zwar ohne Steuererhöhungen. **In den nächsten vier Jahren werden nach der Vereinbarung Einnahmen und Ausgaben des Bundes so gestaltet werden, dass der Bund ab 2014 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt aufweist und ab 2015 keine neuen Schulden mehr aufnimmt.** Die Schuldenbremse im Grundgesetz erlaubt dem Bund zwar jedes Jahr

eine geringe Neuverschuldung. Diese Möglichkeit wird aber nicht genutzt.

Mit ihrer Politik erreicht die Union, dass der Bundeshaushalt erstmals seit 40 Jahren ausgeglichen sein wird. Mit der SPD wurde vereinbart, auch danach dauerhaft keine neuen Schul-



Foto: © djama - Fotolia.com

den aufzunehmen und die Schuldenstandsquote zu senken – bis Ende 2017 von jetzt 80 auf unter 70 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Damit bekommen die zukünftigen Generationen wieder Gestaltungs-

Die deutsche Wirtschaft braucht gut ausgebildete Fachkräfte, um auch in Zukunft stark zu bleiben. Hier setzt die Vereinbarung auf die Stärkung der beruflichen Bildung, auf die Qualifizierung und Aktivierung von Arbeitslosen und auf den Zuzug von Fachkräften aus dem Ausland.

Insbesondere wollen wir diejenigen halten, die schon bei uns studiert haben. **Damit Deutschland ein Land der Innovationen bleibt, wird auch in Zukunft eine Summe von zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung gesteckt.** Das kommt dem Wissenschaftssystem mit seinen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zugute.

Union und SPD wollen das Versprechen erfüllen, allen Gegenden in Deutschland das schnelle Internet zur Verfügung zu stellen. Das ist eine große Aufgabe auch zur Stärkung des ländlichen Raums. Hierfür wird die

„Gemeinsam will die Koalition aus CDU, CSU und SPD dafür Sorge tragen, dass die Grundlagen für unseren Wohlstand und den Zusammenhalt gesichert und ausgebaut werden.“

(aus der Präambel des Koalitionsvertrags)

spielräume. Die Mehrausgaben in den kommenden vier Jahren bleiben auf insgesamt 23 Milliarden Euro beschränkt.

5. Welche Akzente werden gesetzt, um Deutschland fit für die Zukunft zu machen?

Koalition neue ungewöhnliche Wege beschreiten. In die „herkömmliche“ Infrastruktur aus Straßen und Schienen will die Koalition fünf Milliarden Euro investieren. Der Finanzierung dient auch die Einführung einer Pkw-Maut auf deutschen Autobahnen, die aber inländische Autofahrer nicht

zusätzlich belasten darf und unter anderem europarechtskonform sein muss.

6. Was wird zur Kostendämpfung bei den Energiepreisen getan?

Die Energiewende geht weiter, Strom muss aber für Verbraucher und Wirtschaft bezahlbar bleiben. Nachdem zahlreiche Anläufe in der Vergangenheit gescheitert waren, will die große Koalition nun eine effektive Kostenbremse einführen. Erstmals wird es einen festgelegten Ausbaukorridor von Ökostrom mit Obergrenzen von 55 bis 60 Prozent im Jahr 2035 geben. Damit haben die Unternehmen Planungssicherheit. Überförderungen bei Neuanlagen, insbesondere bei der Windenergie an Land werden abgebaut. Künftig soll der Bau von Windkraftanlagen auf die wirtschaftlich guten, d.h. windstarken Standorte konzentriert werden. Zudem sollen die Erzeuger erneuerbarer Energien zu mehr Direktvermarktung verpflichtet werden. Der Bund wird den Ausbau der erneuerbaren Energien besser mit den Ländern koordinieren. Energieintensive Industriebetriebe werden bislang von der Zahlung der Ökostrom-Umlage entlastet. Diese Ausnahmen sollen so angepasst werden, dass sie EU-rechtskonform sind – ohne allerdings die stromintensive Industrie im internationalen Wettbewerb über Gebühr zu belasten. Bis

Sommer soll die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vom Bundestag verabschiedet werden.

7. Welche Akzente werden in der Rentenpolitik gesetzt?

Die Rentenpolitik zählt zu den umstrittensten Kapiteln der Verhandlungen: Die Rente für Mütter oder Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, wird ab Mitte 2014 angehoben – wie von der Union versprochen. Im Koalitionsvertrag ist vorgesehen, statt wie bisher ein Jahr nun zwei Jahre Erziehungszeit bei der Rente anzurechnen. Damit wird die Erziehungsleistung dieser Menschen besser als bisher anerkannt. Für Mütter oder Väter der ab 1992 geborenen Kinder bleibt es wie bisher bei der rentenrechtlichen Anerkennung von drei Jahren Kindererziehung.

Im Gegenzug musste die Union dem Anliegen der SPD zustimmen, die abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren nach 45 Beitragsjahren einzuführen. Diese Regelung soll aber schrittweise wieder an einen Renteneintritt mit 65 Jahren herangeführt werden. Das ist ein wichtiger Punkt, da klar ist, dass wegen der Veränderung im Altersaufbau der Gesellschaft jeder im Schnitt in Zukunft länger arbeiten muss. Die Rentenansprüche von langjährig versicherten Geringverdienern werden durch eine solidarische Lebensleis-

tungsrente ab voraussichtlich 2017 aufgewertet. Außerdem werden die Rentenansprüche von Erwerbsgeminderten gestärkt; unter anderem wird die Berechnung der Erwerbsminderungsrente so verändert, dass dem Anspruchsberechtigten zwei Jahre mehr angerechnet werden als er tatsächlich gearbeitet hat.

8. Was wird für sichere Arbeit und eine gerechtere Arbeitswelt angestrebt?

Der Wohlstand eines Landes ist von der Zahl der Beschäftigten und der Qualität der Beschäftigung abhängig. **Die Union hat erreicht, dass die Bedingungen für das Ziel der Vollbeschäftigung positiv bleiben.** Richtig ist, noch mehr für das Ziel guter und sicherer Arbeit zu tun.

Deshalb soll die Tarifautonomie gestärkt werden, indem unter anderem die Allgemeinverbindlichkeits-Erklärung von Tarifverträgen erleichtert wird. Zusätzlich sollen für die Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern eine gesetzliche Transparenzregelung und ein individueller Auskunftsanspruch geschaffen werden. Außerdem wird die Leiharbeit künftig auf 18 Monate beschränkt. Leiharbeiter sollen nach neun Monaten den gleichen Lohn erhalten wie Mitarbeiter aus der Stammbesetzung. Mit effektiveren Kontrollen und besseren Informationsrechten für Betriebsräte soll dem Missbrauch von Werkverträgen Einhalt geboten werden. Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit wird gezielt in die Qualifizierung von Jugendlichen investiert; zu diesem Zweck werden flächendeckend Jugendberufsagenturen eingerichtet. Zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit werden zusätzliche Anstrengungen unternommen.

Auf Wunsch der SPD wird es ab 2015 auch erstmals einen einheitlichen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn geben. Die Zustimmung zu diesem Punkt fiel der Union schwer, da damit die Tarifparteien an Einfluss verlieren. Es soll aber möglich sein, dass die Tarifparteien bis zum end-



Foto: © ehrenberg-bilder - Fotolia.com

gültigen Inkrafttreten des Mindestlohns von 8,50 Euro Übergangsregeln beschließen. Auch werden es die Tarifparteien selbst sein, die in einer Kommission mit Experten spätere Anpassungen festlegen. In dem Gesetz zur Einführung des Mindestlohns sollen auch noch einmal besondere Tätigkeitsfelder wie die Saisonarbeit in den Blick genommen werden.

9. Was tut die Koalition für Familien und Frauen?

Familie und Beruf müssen miteinander vereinbar sein. **Damit Eltern ihre Kleinkinder unbesorgt in eine Kindertagesstätte geben können, muss die Qualität der Betreuung garantiert sein.** Daher will die Koalition ein Qualitätsgesetz auf den Weg bringen.

Das Elterngeld, das Müttern oder Vätern eine bis zu 14-monatige berufliche Auszeit nach der Geburt ihres Kindes ermöglicht, wird erweitert zu einem ElterngeldPlus. Von der Regelung sollen vor allem Eltern in Teilzeitbeschäftigung profitieren. Damit Eltern die Wahl haben, ob sie sich



Foto: © Robert Kneschke - Fotolia.com

eine verbindliche Quote für Aufsichtsräte, Vorstände und die obersten Management-Ebenen festzulegen.

10. Welchen Schutz gibt es künftig bei Krankheit und im Pflegefall?

Stabilität im Krankenversicherungssystem und die Verbesserung der Qualität der Gesundheitsversorgung – das sind die Ziele der

Krankenhäuser mit guter Qualität können zusätzliche Leistungen erbringen, ohne dafür Abschläge hinnehmen zu müssen. Kliniken mit besonders guter Qualität sollen Zuschläge erhalten. Patienten sollen künftig innerhalb von vier Wochen einen Facharzttermin bekommen, wenn sie von ihrem Hausarzt überwiesen werden.

Für gute Pflege muss der Beitrag zur Pflegeversicherung künftig schrittweise um 0,5 Prozent angehoben werden. 0,1 Prozent davon sollen in einen Vorsorgefonds fließen – für die Zeit, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in ein Alter kommen, in dem die Pflegebedürftigkeit steigt.

11. Was ändert sich bei Sicherheit und Integration?

In der Innen- und Rechtspolitik hat sich die Koalition auf einen umfangreichen Katalog neuer Vorhaben verständigt. **Für die Union war dabei ein Mehr an Sicherheit für die Bürger wichtig.** Nach der NSU-Mordserie wird die Zusammenarbeit von Polizei, Justiz und Verfassungsschutz verbessert. **Mehr Datensicherheit soll vor Cyberkriminalität schützen – eine Konsequenz aus der NSA-Spähaffäre.** Deutschland setzt sich in der EU und international für hohe Datenschutzstandards ein. Die EU-Richtlinie zur Speicherung von Telekommunikationsverbindungsdaten soll umgesetzt werden, möglichst

„Wir wollen in den nächsten Jahren die guten Entwicklungen fortführen und Missstände überwinden. In vier Jahren soll unser Land noch besser dastehen als heute.“

(aus der Präambel des Koalitionsvertrags)

selbst um ihr Kind kümmern wollen oder es in eine Betreuungseinrichtung geben, wird es weiterhin das Betreuungsgeld geben.

Der Aufstieg von Frauen in Führungspositionen von Unternehmen wird erleichtert. So sollen in Aufsichtsräten von voll mitbestimmungspflichtigen und börsennotierten Unternehmen, die ab dem Jahr 2016 neu besetzt werden, 30 Prozent Frauen sitzen. Börsennotierte oder mitbestimmungspflichtige Unternehmen werden verpflichtet, ab 2015 selbst

Gesundheitspolitik in den nächsten Jahren. Das Nebeneinander von Gesetzlicher und Privater Krankenversicherung bleibt erhalten. CDU und CSU haben die von der SPD geforderte Einführung der Bürgerversicherung abgelehnt. Auch der Beitragssatz für Arbeitgeber zur Gesetzlichen Krankenversicherung wird eingefroren. Eine Erhöhung hätte den Faktor Arbeit verteuert und zum Verlust von Arbeitsplätzen geführt.

Auf die Qualität in den Krankenhäusern wird künftig besonders geachtet.

mit einer auf drei Monate verkürzten Speicherfrist. Die deutschen Verbindungsdaten sollen künftig nur auf deutschen Servern gespeichert werden. Abgerufen werden dürfen sie nur unter engen Bedingungen: bei schweren Straftaten, mit einer richterlichen Genehmigung und zur Abwehr akuter Gefahren für Leib und Leben. Zwangsprostitution und Menschenhandel werden stärker bekämpft, die betroffenen Frauen besser geschützt.

Nach der Vereinbarung zur doppelten Staatsbürgerschaft müssen sich in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern künftig nicht mehr bis zum 23. Geburtstag für einen der beiden Pässe entscheiden. Aus dem Ausland Zugewanderte sollen bei einer Einbürgerung aber ihren alten Pass aufgeben müssen.

Der Armutszuwanderung aus EU-Staaten tritt die Koalition entgegen. Sie sorgt dafür, dass solche EU-Bürger nicht ungerechtfertigt Sozialleistungen in Anspruch nehmen. Im Asylrecht wird eine Verkürzung der Verfahren auf drei Monate angestrebt. Das Ausweisungsrecht bei schweren Straftaten und für gewaltbereite Extremisten wird weiterentwickelt.

12. Wie geht es im Verbraucherschutz und in der Landwirtschaft weiter?

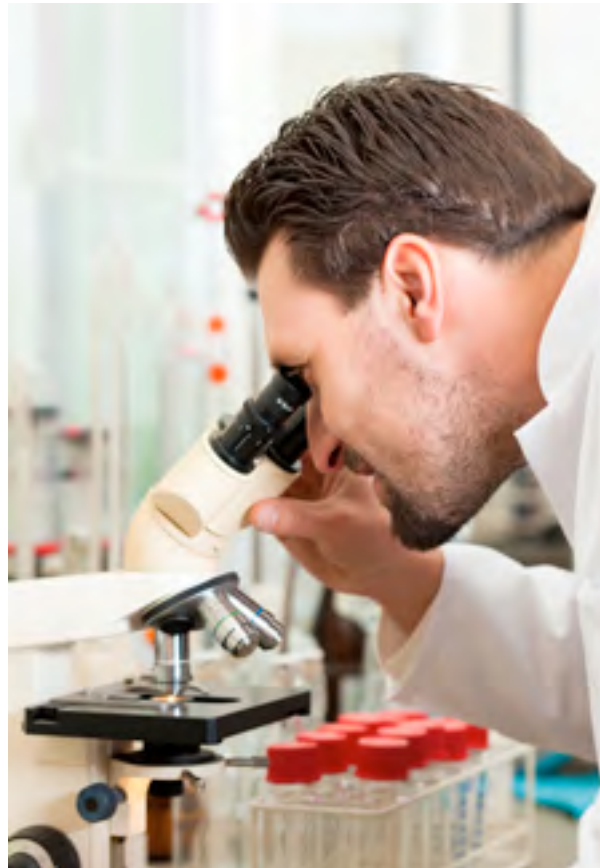


Foto: © Kzenon - Fotolia.com

Union und SPD werden den Tierschutz weiterentwickeln und die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft ausbauen. Die Agrar-Forschung wird aufgestockt und die Vermarktung der deutschen Nahrungsmittel gefördert. Union und SPD setzen sich für EU-weit einheitliche und höhere Tierhaltungsstandards ein. Erstmals sollen auch bundeseinheitliche Prüf- und Zulassungsverfahren für Stallsysteme erarbeitet werden.

Statt auf neue Verbote setzt die große Koalition auf Transparenz und darauf, das Vertrauen zwischen Verbrauchern und Wirtschaft zu stärken. Produktinformationsblätter sollen über die wichtigsten Eckdaten und mögliche Risiken bei Telekommunikations-, Strom- oder Gasverträgen aufklären. Bankkunden bekommen künftig einen Warnhinweis, wenn beim Überziehen ihrer Konten Dispozinsen anfallen. Für die Lebensmittelüberwachung, die in der Zuständigkeit der Länder liegt, sollen einheitliche Standards bei Kontrollen geschaffen werden.

Diese Fragen und Antworten finden Sie auch unter <http://koalitionsvertrag.cducsu.de>.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantwortl.)

T 030.227-5 30 15
F 030.227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducsu.de/newsletter abonnieren.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet

www.cducsu.de

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion

blogfraktion.de

Fraktion direkt

www.cducsu.de/fd



www.facebook.com/cducsubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducsu



twitter.com/cducsu